Anträge, Beschlüsse & Berichte

Verfassungsschutz & Innenministerium: Der U-Ausschuss kommt!

Der Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) ist eingesetzt. Der Geschäftsordnungsausschuss des Nationalrats gab für das gemeinsame Verlangen von SPÖ, Neos und Liste Pilz grünes Licht.

Jan Krainer, SPÖ-Fraktionsführer im BVT-Ausschuss mit Stephanie Krisper (Neos) und Alma Zadic (Liste Pilz)

Beim ersten Antrag der SPÖ hatten ÖVP und FPÖ noch versucht, dies durch ein **politisches Foul** zu verhindern bzw. zu verzögern. Dabei war dieser Antrag genau so formuliert wie andere U-Ausschuss Verlangen. Damit es jetzt schnell zur Aufklärung kommt, hat die SPÖ nun gemeinsam mit den anderen Oppositionsparteien ein neues, sehr juristisch formuliertes Verlangen eingebracht. Damit kann jetzt endlich **Licht in die skandalösen Vorgänge rund um das BVT** kommen.

Die zentrale Frage des U-Ausschusses ist:
Hat das Innenministerium aus politischer Motivation Einfluss auf den Verfassungsschutz genommen?

Missstände und Netzwerke politischer Machenschaften der vergangenen zehn Jahre sollen dabei aufgedeckt werden. Dazu gibt es

Verdachtsmomente bei ÖVP- und FPÖ-Politikern. Auch das Extremismus-Referat im BVT soll näher untersucht werden. Denn in den vergangenen Jahren wurden dort auch Aktivitäten von FPÖ-Politikern beobachtet. Nun soll der U-Ausschuss mögliche Einflussnahmen unter einem FPÖ-Innenminister Kickl unter die Lupe nehmen. Jan Krainer, Fraktionsführer der SPÖ im BVT-Ausschuss. "Jetzt können wir rasch mit der Aufklärung beginnen und Licht in die dubiosen Vorgänge – etwa um die Hausdurchsuchung im BVT – bringen." Die ersten Zeugenbefragungen sollen im Spätsommer beginnen.

Hintergründe zum BVT-Skandal auf Kontrast: "Aktueller Stand im Geheimdienst-Skandal: Die Vorwürfe, die Akteure, die Motive"

SPÖ protestiert gegen Überwachungspaket

Protestaktion der SPÖ zum Überwachungspaket

Massiv protestierte die SPÖ gegen das Überwachungspaket, das ÖVP und FPÖ trotz massiver Bedenken von ExpertInnen beschlossen haben. So hatten im Vorfeld u.a. RechtsanwältInnen, RichterInnen und UniversitätsprofessorInnen vor dem Gesetz gewarnt.

- Vorgesehen ist u.a. die **völlige Videoüberwachung des öffentlichen Raumes**, sowohl in Echtzeit, als auch gespeichert. Damit werden **alle Bewegungsdaten der BürgerInnen** einsehbar. Sie verlieren damit ihr Recht auf Privatheit im öffentlichen Raum.
- Die **Überwachung der Section-Control-Abschnitte**, welche bisher

nur zur Einhaltung der Tempo-Vorschriften verwendet werden, macht es möglich, in Zukunft jeden Bürger und jede Bürgerin ständig genau zu überwachen, wo sie sich befinden, mit wem und wohin sie sich bewegen.

- Weiters vorgesehen ist die Einführung des sogenannten **Bundestrojaners**, der Polizei und Justiz erlaubt, **Schadsoftware auf technischen Geräten zu installieren**, um verschlüsselte Nachrichten abhören zu können. ExpertInnen rechnen damit, dass **pro Handy-Zugriff auch 200 bis 400 andere Personen betroffen sind, die als Kontakte eingespeichert sind** – mit der Tat aber überhaupt nichts zu tun haben. Trotzdem können auch ihre Daten eingesehen werden. Experten sagen auch, dass Kriminelle solche Systeme rasch umgehen können und neue Wege der Kommunikation finden - **was bleibt, ist die Möglichkeit, die Bevölkerung zu überwachen**.

Interessant: Vor der Wahl hatte die FPÖ diese Pläne des damaligen ÖVP-Innenministers noch scharf kritisiert. Der damalige **FP-Generalsekretär Kickl (jetzt Innenminister) sprach damals von einem "Überwachungspaket wie in der DDR"**.

Bei einer **Protestaktion** vor dem Sitzungssaal des Parlaments warnten die SPÖ-Abgeordneten vor den Auswirkungen. **SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim**: "Die neuen Überwachungsmaßnahmen eröffnen die Möglichkeit zum Datenmissbrauch! Ich denke dass derzeit noch niemand erkennt, welches unheimliche Gefährdungspotenzial die Bestrebung der Regierung für die Bevölkerung darstellt." **SPÖ-Abgeordnete Petra Bayr**: "Diese Gesetzesnovelle bringt nicht mehr Sicherheit, sie ist nicht wie von der Regierung angekündigt ein Leuchtturmprojekt, sondern ein schwarzblaues Grablicht am Grab von Demokratie und Grundfreiheiten!" Auch SPÖ-**Sicherheitssprecherin Angela Lueger** warnt: **"Dieses Gesetz betrifft jeden Einzelnen von uns, der ein Smartphone, einen Computer oder ein Auto besitzt!"**